

Erscheinung
wöchentlich drei
Mal und zwar
Dienstag,
Donnerstag und
Sonnabend.

Inserate:
Für den Raum
einer
1 Zeile 10 Pf.

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Gerichtsamtsbezirk Eibenstock

und dessen Umgebung.

Berantwortlicher Redacteur: E. Hanneböhn in Eibenstock.

Abonnement
vierteljährlich
1 M. 20 Pf.
incl. Bringer-
lohn.

Dieses Blatt
ist auch
für obigen Preis
durch alle
Postanstalten zu
beziehen.

Annoncen-Aannahme in der Expedition bis Mittags 12 Uhr für die am nächstfolgenden Tage erscheinende Nummer.

Wie kann durch die Lehrer auf dem Lande die Pflanzung des Obstbaues gefördert werden?

Dr. C. Ueber dieses Thema hielt der Kammerherr von Friesen-Rötha kürzlich im Börsensaale zu Borna einen instructiven und mit vielem Beifall aufgenommenen Vortrag. Der Redner betonte dabei, daß die dem Volkswohlstande so manche Wunde schlagende Vernachlässigung des Obstbaues namentlich auf Unkenntniß beruhe, und hier sei es nun, wo die Lehrerschaft eine hochwichtige und segensreiche Thätigkeit mit ihrem Lehramte verbinden könnte, dadurch, daß sie in der Jugend die Liebe zu den Bäumen erweckt und pflegt und mit ihrer Intelligenz die Obstbaumzucht fördert und unterstützt. Geringfügig wurde sodann darauf, daß hauptsächlich nur die Chausseen mit Obstbäumen besetzt wären, während die Communications- und Wirtschaftswege dieser so einträglichen Cultur entbehren. Ferner fehle in den ländlichen Obstgärten die rechte Pflege, namentlich in Bezug auf den Schnitt, indem die sogenannte Formbaumzucht von großer Bedeutung sei, da hierdurch der Ansaß der Fruchtknoten vermehrt und deshalb die Zwergbaum- und Spalierzucht, welche sich genau beobachten lasse, von der pomologischen Wissenschaft besonders hervorgehoben werde. Gemeinden sollten daher Gemeindebaumschulen anlegen und die Lehrer in ihren Gärten Formenbäume züchten, womit sich für die Jugend der Anschauungsunterricht verbinden ließe, der am besten gleich mit in den Schulplan aufgenommen werden sollte. Freilich würden die Herren Lehrer sich hierzu erst die erforderlichen Kenntnisse aneignen müssen, aber dies ließe sich gar leicht durch Anschluß an den Obstbauverein erzielen, welcher hierzu alle Mittel böte. Gegen ein geringes Geld, 3 Mark als jährlichen Mitgliedsbeitrag, würde durch Zuführung der Landesobstbau-Zeitung, die Vereinsbibliothek, Versammlungen, Obstausstellungen, Instructionsgärten und Anderes reiches Lehrmaterial geboten und insbesondere sei auch die Theilnahme an dem vierzehntägigen Frühjahrskursus unter Leitung des herrschaftlichen Garteninspectors Herrn Lämmerhirt in Rötha zu empfehlen, wozu eine Unterstützung durch die Schulvorstände wohl nirgend Anstand finden würde, wie denn ja auch das Gesetz vom 26. April 1873 zur Unterstützung der Lehrer bei Ausübung ihres Berufes dabei in Anwendung komme. Bezüglich der hohen volkswirtschaftlichen Bedeutung des Obstbaues fügte Herr von Friesen verschiedene statistische Angaben an, welchen wir Folgendes entnehmen: Das Großherzogthum Baden, bei fast gleichem Flächeninhalte wie das Königreich Sachsen, erzielte auf 15,266 km. Areal 6,712,889 hl. Obstsorten im Werthe von 35,434,629 M., und war dies nicht der Gesamtertrag, sondern nur, was davon in den Handel kam. In Frankreich wurden 1873 97,635,399 Frs. für Obst vereinnahmt, ungerchnet den Wein, dessen Ertrag, 323,248,400 durch Export, 400 Millionen Frs. ins Land brachte. Hieraus geht deutlich hervor, daß der aus den Obstbau entspringende finanzielle Vortheil ein ganz beträchtlicher ist. In Betracht muß man ferner ziehen, daß das Obst ja auch für die Ernährung des Volkes höchst wichtig ist. Jetzt leben Tausende hauptsächlich von der Kartoffel, die zu häufig genossen, gesundheitsschädlich ist, während das Obst eine nahrhafte und gesunde Speise als Abwechslung bietet. Mögen daher die Vorschläge Herrn von Friesens in reifliche Erwägung gezogen werden.

Tagesgeschichte.

— Berlin, 22. Juli. Der Kaiser siedelte heute Nachmittag 1 1/2 Uhr per Extrazug nach Babelsberg über. Se. Majestät war bei der Ueberfödelung von der Kaiserin, der Großherzogin von Baden, deren Tochter und der Prinzessin Viktoria begleitet. Der Kaiser fuhr in geschlossenem Wagen über die Linden nach dem Potsdamerthor und wurde überall, wo er von dem Publikum erkannt wurde, namentlich bei der Einfahrt in den Bahnhof, mit enthusiastischen, nicht enden wollenden Zurufen begrüßt. Auf dem Bahnhof befanden sich der Stadtkommandant und der Polizeipräsident.

— Berlin. Die Sammlungen für die Wilhelmsspende sind geschlossen, und bei dem Anflang, den die Idee einer allgemeinen Sühnegabe in Deutschland weit und breit gefunden hat, darf man wohl einen erfreulichen Rechnungsabluß erwarten. Die Kosten der Sammlung waren nicht ganz gering, denn es mußten Hunderttausende von

Listen gedruckt werden und auch sonst sind Remunerationen an Tausende von Boten und Schreibern zu entrichten. Gleichwohl stehen die Ausgaben zu dem Ertrag in keinem Verhältnis und das Comité wird in der Lage sein, dem Kronprinzen mehrere Millionen Mark zu überweisen. Eben so rasch, wie die Idee ihre Verwirklichung gefunden hat, wird eine Bestimmung über die Verwendung der Summe getroffen werden, und wie es heißt, dürfte der Kronprinz unverzüglich veranlassen, daß ihm das Comité Vorschläge unterbreite. Das Comité wird sich angemessen durch Personen aus den verschiedensten Berufs- und Lebensstellungen verstärken und dabei von der Parteirichtung — selbstverständlich unter Ausschluß der sozialdemokratischen — der heranzuziehenden Vertrauensmänner absehen. Die sozialdemokratischen Blätter hatten ihre Gesinnungsgenossen ausdrücklich aufgefordert, an der Wilhelmsspende sich nicht zu betheiligen. An der letzteren ist, was hervorgehoben werden muß, der katholische Theil der deutschen Bevölkerung gerade so sehr betheiligte wie der evangelische, und vereinzelte ultramontane Bestimmungen kommen nicht in Betracht. Am meisten Anklang fand bis jetzt der Vorschlag, aus dem aufgebrachtten Gelde eine Waisenanstalt oder ein Rettungsinstitut zu errichten, doch war bisher nie ernstlich die Rede davon, hierzu das Grundstück Unter den Linden zu erstehen, von welchem aus die letzte Schreckensthat geschah. Das Hölle-Verbrechen bedarf gerade so sehr der Sühne, wie das Nobiling'sche, und hieraus ergibt sich schon, daß von dem sehr theuren Lindengrundstück abgesehen werden kann und wird. Die Hauptsache ist, daß mit hoffentlich vielem Gelde recht viel Gutes rasch geschaffen wird, damit der Kaiser an dem Segen aus der Wilhelmsspende noch recht lange sich erfreuen kann.

— Berlin. Der „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht eine vom Grafen Stolberg gegenzeichnete kaiserliche Verordnung vom 22. Juli, betreffend die Aufhebung des Pferdeausfuhrverbotes. Derselbe veröffentlicht ferner ein Gesetz, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung.

— Meiningen. Die „N. Hess. Pr.“ schreibt: Hier verbreitet sich die Kunde, daß gegen den Herzog ein Attentat verübt worden sei. Ueber eine Landstraße, die er zu Wagen passirte, seien Drähte gespannt worden, während die Fahrbahn gleichzeitig durch Steine in einen gefährlichen Zustand versetzt worden war. Die vorderen Pferde des rasch fahrenden Aspännigen Gefährtes stürzten, der Wagen aber mit dem Herzog blieb glücklicher Weise unverletzt. Bezüglich der Thäterschaft und der Beweggründe zu derselben verlautet bis jetzt nichts Näheres. Man vermuthet einen Akt persönlicher Rache.

— Aus Wien wird geschrieben: Der österreichische Einmarsch in Bosnien und in der Herzegowina ist wieder verschoben worden. Die Verhandlungen über die Modalitäten der Okkupation mit der Pforte ziehen sich so in die Länge und bereiten bis zur Stunde solche Schwierigkeiten, daß man den bereits festgesetzt gewesenen Termin des Einmarsches nicht einhalten konnte. Eine der kritischsten Fragen besteht darin, daß die Türken unentwegt auf der Forderung einer zeitlichen Begrenzung der Okkupation im Anhang an die feierliche Anerkennung der Fortdauer der Souveränitätsrechte des Sultans beharren. Von österreichischer Seite war man so entgegenkommend als möglich, aber die zeitliche Begrenzung hat man ganz entschieden zurückgewiesen. Heute nun scheint der österreichische Geduldssaden reißen zu wollen, denn es heißt, daß Graf Andrassy einen sehr kategorischen Ton anzuschlagen anfängt. Man erwartet denn auch in den allernächsten Tagen eine Entscheidung. Mehemed Ali Pascha, der von Berlin aus seine Vaterstadt Magdeburg besuchen wollte, erhielt in Folge der ersten Wendung der Dinge die Weisung, sofort nach Wien zu gehen, wo er gestern eingetroffen ist. Er nimmt nun an den Verhandlungen hervorragenden Antheil, namentlich bei den Fragen, die in das militärische Gebiet hineinreichen. Sollte die Verständigung nicht möglich sein, so wird Oesterreich, wie bereits unlängst gemeldet, sich einfach auf den europäischen Auftrag berufen und ohne Abmachung mit der Pforte zur Okkupation schreiten. In diesem Falle aber dürfte der Einmarsch bis Anfang August verschoben werden, denn das europäische Mandat wird, wie man hervorhebt, erst rechtskräftig, wenn der Berliner Vertrag ratifizirt ist. Da nun der äußerste Ratifikationstermin der 3. August ist, könnte der Einmarsch, wenn die Pforte inzwischen die österreichischen Bedingungen nicht annimmt, erst am 4. August vor sich gehen. Daß man sich in Wien auf alle Eventualitäten